

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

2. Sitzung vom Montag, 24. März 2014, 18.00 – 20.33 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

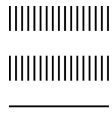
- 35 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

- Philippe Fehr, Einwohnerrat
- André Kirchhofer, Einwohnerrat
- Pascal Stenz, Einwohnerrat
- Marcel Thüler, Einwohnerrat
- Christoph Wälle, Einwohnerrat

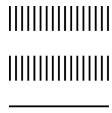


Traktandenliste	Seite
1. Inpflichnahmen	
Inpflichnahme von Markus Gfeller (SVP) und Jakob Lang (FDP)	24
2. Mitteilungen	24
3. Einbürgerungen	
9 Einbürgerungsgesuche (GK 26 bis GK 34)	25
4. Abwasserbeseitigung	
GK 35	27
Abwasserbeseitigung – Bewilligung Investitionskredit 2014 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)	
GK 36	28
Abwasserbeseitigung – Ortsteil Mühlethal, Erarbeitung Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2. Generation, Investitionskredit	
5. Bereich Hochbau und Liegenschaften	
GK 37	29
Bewilligung Nachtragskredit für eine befristete zusätzliche Projektleiterstelle	
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 9	34
Motion von Dominik Gresch (glp/DYM) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2013 betr. Incentivierung in der Sozialhilfe: Weniger Fallzahlen dank mehr Eigenverantwortung (Begründung und Beantwortung)	
GK 11	34
Postulat von Jan Bachmann (FDP) vom 24. Juni 2013 betr. Heitern – ein Schandfleck oder ein Naherholungsgebiet? (Begründung und Beantwortung als Interpellation)	
GK 12	35
Interpellation der FDP-Fraktion vom 27. August 2013 betr. Wie weiter mit der Personalpolitik in Zofingen (Begründung und Beantwortung)	
GK 13	35
Motion der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013 betr. Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats (Begründung und Beantwortung)	
GK 14	35
Postulat der SP-Fraktion vom 16. September 2013 betr. attraktive Ortspläne: Visitenkarte einer Gemeinde (Begründung und Beantwortung)	



GK 15	36
Motion der FDP-Fraktion vom 21. Oktober 2013 betr. Bereichsleitung Alter & Gesundheit (Begründung und Beantwortung)	

7. Umfrage	36
-------------------	-----------



Begrüssung

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne.

Er gibt die Entschuldigungen von Philippe Fehr, André Kirchhofer, Pascal Stenz, Marcel Thüler und Christoph Wälle bekannt. Eveline Anderegg muss die Sitzung um 20.30 Uhr verlassen.

Inpflichtnahmen

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Einwohnerräte Markus Gfeller und Jakob Lang werden gebeten, für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Arthur Senn, Ratssekretär

Er verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die Einwohnerräte Markus Gfeller und Jakob Lang leisten das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Der Rat ist mit **35 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

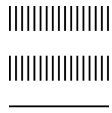
Mitteilungen

Stefan Giezendanner, SVP, hat seine **Demission als Mitglied der FGPK** per 31. Mai 2014 bekanntgegeben. Ihm wird zur neuen Herausforderung als Bataillonskommandant eines Geniebataillons gratuliert. Die Ersatzwahl wird an der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2014 vorgenommen.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp, wurde als **Vizepräsident der FGPK** gewählt.

Die Mitglieder der **FGPK** haben beschlossen, dass an den Sitzungen der **Einbürgerungskommission** jeweils abwechselungsweise ein anderes Mitglied teilnehmen wird.

Als **Tischauflage** erhalten die Ratsmitglieder die Anhänge 2 und 3 zum Geschäfts- und Kompetenzreglement: die Organigramme normative/strategische Ebene und Stadtrat/-verwaltung.



Die **Protokolle** vom **24. Juni 2013** und **16. September 2013** gelten als **genehmigt**, da innerhalb der Frist keine Einwendungen erfolgten. Die Protokolle vom **21. Oktober 2013** und **20. Januar 2014** wurden am 21. März 2014 per E-Mail **versandt** und auf der Homepage aufgeschaltet. Die Frist für Einwendungen läuft am 31. März 2014 ab.

Neueingänge

Folgender parlamentarische Vorstoss ist neu eingegangen:

- Postulat der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp) betr. „Überprüfung Organisation Hochbau“

Art. 10

Einbürgerungen

GK 26 bis GK 34

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Alle zu behandelnden Geschäfte GK 26 bis 34 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmung erfolgt jedoch einzeln.

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 6. März 2014 allen Gesuchen ohne grosse Diskussion einstimmig zugestimmt.

Er erläutert kurz den Ablauf der Einbürgerungsgesuche. Die Gesuche durchlaufen ein mehrstufiges Verfahren, welches mit einem Gespräch beim Stadtmann und dem Einreichen der Unterlagen beginnt. Anschliessend werden die vollständigen Unterlagen der Einbürgerungskommission vorgelegt, welche die Gesuchstellenden bei einem persönlichen Gespräch prüft. Gewisse Gesuche werden an dieser Stelle bereits zurückgewiesen oder zurückgestellt. So erreichen nur die ganz guten Gesuche überhaupt den Wohnerrat.

Daher empfiehlt die FGPK dem Rat, den 9 Einbürgerungsgesuchen ebenfalls diskussionslos zuzustimmen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Er nützt die Gelegenheit für eine kurze Information. Einerseits hat es einige neue Ratsmitglieder und andererseits ist per 1. Januar 2014 ein neues Gesetz über das Kantonsbürgerrecht in Kraft getreten.

Ordentliche Einbürgerung/Voraussetzungen

- Es sind 12 Jahre Wohnsitz in der Schweiz notwendig, wovon 3 in den letzten 5 Jahren vor Gesuchstellung.
- Die Zeit zwischen dem 10. und dem 20. Lebensjahr zählt doppelt.
- Während der 12 Jahre muss sich der Gesuchsteller 5 Jahre im Kanton Aargau aufgehalten haben.
- Vor Gesuchseinreichung ist ein mindestens 3-jähriger ununterbrochener Aufenthalt in der Gemeinde vorzuweisen, in welcher das Gesuch gestellt wird.

Änderungen mit dem neuen Kantonalen Bürgerrechtsgesetz (KBüG)

Sprachtest und staatsbürgerlicher Test

- Die sprachlichen und staatsbürgerlichen Kenntnisse werden durch die Gemeinde mittels eines kantonal einheitlichen Verfahrens getestet. Es sind Dispensationen beim Sprachtest möglich, wenn die gesuchstellende Person fließend Mundart spricht.
- Die Testergebnisse dienen einer ersten Einschätzung des Kenntnisstandes. Die Gesamtbeurteilung der Kenntnisse erfolgt anlässlich des Einbürgerungsgesprächs vor der Einbürgerungskommission.

Publikation

- Sämtliche Einbürgerungsgesuche werden im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde veröffentlicht.

Gebühren bei der Gemeinde

- CHF 1'500.– für eine Einzelperson (bisher CHF 1'000.–)
- CHF 750.– für ein einbezogenes Kind ab vollendetem 10. Lebensjahr (bisher CHF 500.– pro unmündiges, in das Gesuch der Eltern einbezogenes Kind)

Bei der Gemeinde und beim Kanton werden für ein einbezogenes Kind bis zum vollendeten 10. Lebensjahr keine Gebühren erhoben.

Erleichterte Einbürgerung

Die erleichterte Einbürgerung des ausländischen Ehepartners einer Schweizerin oder eines Schweizer setzt insbesondere voraus, dass dieser

- insgesamt 5 Jahre in der Schweiz gewohnt hat
- seit 1 Jahr in der Gemeinde wohnt, in welcher das Gesuch gestellt wird
- seit 3 Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem Schweizer Bürger lebt
- in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist und die schweizerische Rechtsordnung beachtet.

Ist die ordentliche Einbürgerung des schweizerischen Ehegatten nach der Heirat erfolgt, ist eine erleichterte Einbürgerung nicht möglich.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgt die Abstimmung über die stadt-rätlichen Anträge:

GK 26

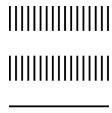
Dem stadt-rätlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 27

Dem stadt-rätlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 28

Dem stadt-rätlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.



GK 29

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 30

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 31

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 32

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 33

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 34

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 11

Abwasserbeseitigung

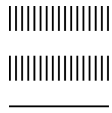
GK 35

Abwasserbeseitigung – Bewilligung Investitionskredit 2014 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)

Michael Müller, Referent FGPK

Die FGPK hat an der Sitzung vom 6. März 2014 ebenfalls über die beiden Geschäfte GK 35 und GK 36 beraten. Der Referent erläutert beide Geschäfte zusammen.

In GK 35 geht es um einen Investitionskredit von CHF 500'000.– für die Umsetzung des GEP. Damit gemeint ist der Generelle Entwässerungsplan. Es handelt sich um die nächste Tranche im langjährigen Investitionsvorhaben und betrifft das Riedtal als logische Weiterführung der Arbeiten. Die zu erledigenden Arbeiten sind eingeteilt in die Prioritäten 1 bis 4, aktuell steht Zofingen bei Priorität 2 und bewegt sich in Richtung Priorität 3. Ein wichtiger Punkt stellt die Frage nach den Gebühren dar. Die Finanzierung erfolgt über die Abwassergebühren. Diese werden aktuell keine Änderung erfahren, die Investitionen können aus der laufenden Abwasserrechnung gedeckt werden. Die FGPK hat mit 7:0 Stimmen beschlossen, den Antrag in GK 35 zur Annahme zu empfehlen.



In GK 36 ist ein Investitionskredit von CHF 290'000.– zu bewilligen. Es geht um den Ortsteil Mühlethal, für den ein Genereller Entwässerungsplan der 2. Generation zu erarbeiten ist. Die Daten, welche aus den Jahren 1996/97 stammen und für die im Jahr 2002 eine GEP-Erhebung erfolgte, sollen verifiziert und überarbeitet werden, damit ein notwendiger Massnahmenplan erstellt werden kann. Auch diesem Antrag hat die FGPK mit 7:0 Stimmen zugestimmt und empfiehlt diesen zur Annahme.

Eintreten ist nicht bestritten.

Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft zur Sanierung der Abwasserleitungen zustimmen. Es ist sehr wünschenswert, dass in eine Infrastruktur mit einem Wiederbeschaffungswert von CHF 110 Mio. dieses Jahr eine Investition von CHF 0,5 Mio. in den Unterhalt erfolgt. Zur Veranschaulichung: wenn das Ganze neu gebaut werden müsste, wären 200 Jahre lang jedes Jahr CHF 0,5 Mio. zu bewilligen. Solange wird aber wohl niemand mehr im Amt sein, daher wird dem Geschäft zugestimmt.

Urs Bürkli, FDP

Das Geschäft ist in der FDP-Fraktion unbestritten. Es wird eine einstimmige Zustimmung erfolgen.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Die beiden Vorlagen GK 35 und GK 36 wurden in der SVP-Fraktion geprüft und beraten. Beiden Geschäften wird geschlossen zugestimmt.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Die Mitte-Fraktion hat beschlossen, auf ein Statement zu GK 35 zu verzichten, da das Geschäft so klar ist.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Er bedankt sich für die Voten und bittet um Zustimmung zu GK 35.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für die Sanierung der Abwasserleitungen (Umsetzung GEP, Projekte 2014) sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 500'000.– (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 36

Abwasserbeseitigung – Ortsteil Mühlethal, Erarbeitung Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2. Generation, Investitionskredit

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Michael Müller, SVP, hat sich bereits abschliessend geäussert.

Eintreten ist nicht bestritten.

Benjamin Gut, SP/JUSO, sp

Das Geschäft GK 36 wird als sinnvoll erachtet. Der Bedarf ist ausführlich dargelegt. Zudem wurden mit dem Instrument „Genereller Entwässerungsplan“ immer gute Erfahrungen gemacht. Dadurch können planbare und gut fundierte Investitionen in regelmässigen Tranchen vorgenommen werden. Die SP/JUSO ist froh, kann noch von einer finanziellen Unterstützung des Kantons von 20 % profitiert werden. Es wird eine geschlossene Zustimmung erfolgen.

Urs Bürkli, FDP

Auch dieses Geschäft ist in der FDP-Fraktion unbestritten, weshalb man ihm einstimmig zustimmen wird.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Zu GK 36 soll aus Wertschätzung ein Votum erfolgen. Zofingen ist GEP-erprobt. Bisher wurden keine schlechten Erfahrungen gemacht und auch die Umsetzung war problemlos. Es handelt sich um ein probates Mittel, um eine wichtige und zentrale städtische Aufgabe – den Unterhalt des Abwassersystems – zielgerichtet, fristgerecht und verhältnismässig kostengünstig anzugehen. Natürlich wäre eine Diskussion möglich gewesen, ob noch einige Jahre zugewartet werden soll, jedoch spielt der monetäre Anreiz eine Rolle. Zudem gibt es Handlungsbedarf vor Ort, daher sollen nun Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Fraktion der Dynamischen Mitte ist einhellig für die Erstellung des GEP Mühlethal, damit auch diese Anlagen den gleichen Unterhalt bekommen wie diejenigen in Zofingen.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für die Erarbeitung des Generellen Entwässerungsplans (GEP), 2. Generation, im Ortsteil Mühlethal sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 290'000.– (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 34:0 Stimmen angenommen.

Art. 12

GK 37

Bewilligung Nachtragskredit für eine befristete zusätzliche Projektleiterstelle für den Bereich Hochbau und Liegenschaften

Michael Wacker, Referent FGPK

Die FGPK hat am 6. März 2014 das Geschäft GK 37 intensiv geprüft und sich eingehend darüber unterhalten.

Am 21. Oktober 2013 wurde die damals beantragte Stelle mit 15:16 Stimmen auf Antrag der FDP aus dem Budget gestrichen. In der Begründung des Antrags wurden damals 2 Punkte angeführt:

1. Für qualifizierte Arbeitssuchende sei es unattraktiv, eine auf 3 Jahre befristete Stelle anzutreten.
2. Solche Stellen würden nach Ablauf der Befristung meistens erhalten bleiben.

Alternativ schlug die FDP damals vor, die anstehenden Aufgaben extern zu vergeben, da man davon überzeugt sei, weniger Kosten zu generieren und die Ausführung der Arbeiten effizienter erfolgen werde.

Vom zuständigen Ressortvorsteher, Vizeammann Hans-Martin Plüss, wurde der FGPK deutlich aufgezeigt, dass eine personelle Aufstockung der Abteilung Hochbau und Liegenschaften notwendig ist. Ergänzend wurde aufgezeigt, welche Optimierungsmassnahmen konkret für die Jahre 2014 bis 2018 geplant sind und welche Einkünfte daraus resultieren können. Allein bei der Energieoptimierung der stadteigenen Liegenschaften sind jährlich wiederkehrende Einnahmen von CHF 140'000.– möglich. Diese Optimierungsmassnahmen müssen aber erst erarbeitet werden, was Personal benötigt. In der Vorlage ist aufgeführt, dass selbst bei Schaffung der beantragten Stelle, diese Arbeiten nur beschränkt ausgeführt werden können.

Der Stellenbedarf war in der FGPK absolut unbestritten. Die Diskussion drehte sich in der Folge nur noch um die Chancen für eine optimale Besetzung dieser Stelle und die Frage nach der Befristung. Zudem war man sich einig, dass aus politischen Gründen das unbefristete Ausschreiben nicht möglich ist.

Aufgrund der Tatsache, dass einem zusätzlichen Projektleiter die Arbeit bis Ende 2016 mit Sicherheit nicht ausgehen wird, haben sich die FGPK-Mitglieder einstimmig (7:0 Stimmen bei 2 Abwesenheiten) für die Änderungsanträge ausgesprochen.

Die Kommission war klar der Meinung, dass die Chancen zur Rekrutierung einer qualifizierten Person bedeutend besser stehen, wenn die Stelle bis Ende 2016 ausgeschrieben werden kann. Diese Argumentation deckt sich übrigens mit derjenigen der FDP vom vergangenen Oktober und deren Befürchtungen, dass eine befristete Stelle eher schlecht zu besetzen sei. Verständnis hat man für die Haltung des Stadtrates zu den Änderungsanträgen und dem Festhalten an den ursprünglichen Anträgen als Eventualanträge.

Nachdem der Bedarf für diese Stelle in allen Fraktionen unbestritten ist und es klar scheint, dass die Auslagerung der Aufgaben an eine externe Stelle wohl die teuerste Lösung ist, macht es Sinn, die Stelle mit einer gut qualifizierten Person zu besetzen. Dadurch können zwar nicht alle geforderten Aufgaben der Abteilung Hochbau und Liegenschaften wahrgenommen werden. Zum Beispiel besteht noch grosser Handlungsbedarf im Bereich Instandsetzung der Liegenschaften und Erarbeitung einer Portfoliostrategie – dies übrigens auch eine Forderung des Einwohnerrats aus dem Jahr 2006. Es ist aber zumindest möglich, zu bauen, was vom Einwohnerrat bewilligt wurde und es besteht die Möglichkeit für Einsparungen. Daher wird um Unterstützung der FGPK-Anträge gebeten.

Eintreten ist nicht bestritten.

Urs Plüss, DYM/EVP

Das Geschäft gab einiges zu reden. Der Stellenbedarf ist unbestritten, daher ist die Fraktion der Dynamischen Mitte mehrheitlich für die Schaffung der Stelle. Nach Prüfung der Anträge des Stadtrates und der der FGPK wird wohl eine Mehrheit den stadträtlichen Anträgen folgen, da man sich die Frage stellt, ob schon ein Bewerber in der Hinterhand vorhanden ist.

Die Dynamische Mitte stellt fest, dass weiterer Bedarf an personellen Ressourcen besteht, daher wurde heute ein Postulat eingereicht, um diesen zu klären. Zudem wird darauf hingewiesen, dass bei zukünftigen Projekten vermehrt im Hinterkopf behalten werden soll, dass diese Folgekosten und Ressourcen nach sich ziehen.

Michael Müller, SVP

GK 37 wurde in der SVP-Fraktion eingehend diskutiert. Der Stellenbedarf ist für die nächsten 3 Jahre durch die laufenden und die in Zukunft anstehenden Projekte ausgewiesen. Er weist darauf hin, dass der Einwohnerrat bei den jährlichen Budgetberatungen jeweils die Möglichkeit hat, bei den einzelnen Positionen einzugreifen und Anträge zu stellen, daher ist eine Befristung der Stelle nur bedingt sinnvoll.

Er erklärt anhand eines Rechenbeispiels, dass für ein Liegenschaftsportfolio der Grösse von Zofingen eine Manpower von ca. CHF 510'000.– aufzuwenden wäre, um das bestehende Vermögen zu halten, zu schützen und zu entwickeln und stellt diese Zahlen in Relation zur heutigen Vorlage.

Die SVP-Fraktion wird mehrheitlich den Anträgen der FGPK folgen.

Benno Riss, SP/JUSO, sp

Die SP/JUSO-Fraktion sieht nach wie vor keinen Grund für eine Ablehnung dieser Stelle. Schmerzlich ist jedoch die Tatsache, dass bei der Vorprüfung des Budgets 2014 in der FGPK dieses Thema überhaupt nicht thematisiert wurde und durch den kurzsichtigen Antrag auf Streichung der Stelle in der Budgetdebatte solche grossen – und unnötigen – Aufwendungen generiert wurden. SP/ JUSO wird die Anträge annehmen.

Claudia Hauri, FDP

Die FDP-Fraktion unterstützt die stadrätlichen Anträge und lehnt diejenigen der FGPK ab. Grundsätzlich ist die FDP der Ansicht, dass es problematisch ist, ein Geschäft so kurz nach Ablehnung in der Budgetdebatte wieder zu traktandieren. Andererseits kann man der Argumentation des Stadtrats folgen, betrachtet jedoch die Befristung als zentralen Punkt. So will man in einem Jahr die Prognose des Stadtrates überprüfen und die Stelle nochmals neu beurteilen können. Als unproblematisch beurteilt wird die gute Besetzung der Stelle trotz Befristung. Jedoch sieht man den aufgeführten Stundenansatz von CHF 60.– als kritisch an und fragt sich, ob gewisse Overhead-Kosten unter den Tisch gefallen sind. Zudem vermisst man ein explizites Pflichtenheft und erwartet, dass ein solches noch nachgereicht wird.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Er bedankt sich für die Bereitschaft, die Stellensituation im Bereich Hochbau und Liegenschaften zu diskutieren. Es freut ihn, dass in allen Fraktionen der Bedarf unbestritten ist und erwähnt nochmals die 3 in betriebswirtschaftlicher Hinsicht wichtigsten Punkte:

1. Abgesehen vom Reinigungspersonal und den Hauswarten besteht der Bereich Hochbau und Liegenschaften aus 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie 80 % Sekretariat.
2. Da es um viel Geld geht, ist es richtig und wichtig genügend personelle Ressourcen einzusetzen. Bei den Investitionen, welche die Stadt tätigt, gilt es aufzupassen, da ohne genügende Umsicht sofort Mehrkosten entstehen, die man vermeiden möchte. Aus diesen Gründen wird die Schaffung einer Stelle für 3 Jahre – bis Ende 2016 beantragt. Ob diese anschliessend noch weiter notwendig sein wird, hängt davon ab, wie viele Investitionen erfolgen sollen. Ein weiterer Faktor ist die Portfoliostrategie, welche jetzt erarbeitet werden soll. Beim Erwerb weiterer Liegenschaften steigt der Ressourcenbedarf, können gewisse Liegenschaften abgestossen werden, so wird die Situation entlastet.

3. Ohne diese Stelle müssen verschiedene wichtige Vorhaben verschoben werden. Insbesondere würde der Umbau des Rosenbergs in Alterswohnungen Verzögerungen erleiden, was einen Ertragsausfall von über CHF 50'000.- monatlich nach sich ziehen würde.

Die aufgetauchte Frage, ob man schon einen Kandidaten in der Hinterhand hat, ist ganz klar zu verneinen. Auch sieht man die Besetzung der Stelle nicht so problematisch, es gibt qualifizierte Leute auf dem Markt. Die Anregungen für den Hinweis auf notwendige Ressourcen und Nachfolgekosten bei zukünftigen Projekten nimmt der Vizeammann entgegen, hofft aber, dass es bei diesen trotzdem weiterhin um die Projekte an sich gehen wird und nicht nur um die dafür notwendigen personellen Ressourcen.

Im Weiteren ist es durchaus möglich, einen Kandidaten mit Fachhochschulausweis und einiger Erfahrung für einen Lohn von ca. CHF 110'000.- bis CHF 120'000.- zu rekrutieren. Dies zur Anmerkung der FDP bezüglich Stundenansatz von CHF 60.-. Zudem werden auch bei externer Auftragsvergabe Overheadkosten generiert.

Ob man sich schlussendlich für die Anträge des Stadtrates oder für die FGPK-Anträge entscheidet, wird dem Rat überlassen.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Für ihn handelt es sich um ein Novum, dass die FGPK mehr Geld ausgeben will als der Stadtrat. Er erachtet es nicht als Sache des Einwohnerrates, der Regierung vorzuschreiben, wie sie vorzugehen hat. Zudem ist festzuhalten, dass auch die Schaffung einer definitiven Stelle nicht vor einer Kündigung schützt. Diese Stelle soll im Rahmen des Budgets jeweils wieder neu bewilligt werden. Dadurch ist die Befristung abhängig vom Arbeitsvolumen. Bei der Reorganisation der Abteilung Hochbau wurden die Stellenprozente erhöht, die angestrebte Zielsetzung – Umsetzung des Immobilienkonzepts – konnte bisher jedoch nicht erreicht werden. Man verschliesst sich der neuerlichen Erhöhung nicht grundsätzlich, aber es wäre ein falsches Signal dem Stimmvolk gegenüber, welches die Steuererhöhung abgelehnt hat, wenn den Anträgen der FGPK gefolgt würde.

Irma Jordi, DYM/CVP

Sie hatte sich in der Budgetdebatte ebenfalls gegen diese Stelle ausgesprochen und ist heute noch ganz klar gegen diese Stelle, da dieses Know-how punktuell eingekauft werden kann. Es sind bei allen Bauprojekten genügend Projektleiter und Fachplaner vorhanden, die eingekauft werden. Die Stadt muss lediglich noch die Bauherrenvertretung stellen und es ist sehr fraglich, ob dafür wirklich so viel mehr Personalbedarf notwendig ist.

Die Abteilung Tiefbau wurde bisher immer vernachlässigt. Von den Investitionen und Leistungen in diesem Bereich spricht niemand. Diese Abteilung jammert offenbar zu wenig.

Sie kann nicht nachvollziehen, dass 1 Bereichsleiter zur Führung von 2 Projektleitern sowie 1 ½ Sekretärinnen nötig ist – dies sowohl im Bereich Hochbau als auch im Bereich Tiefbau. Das ist der falsche Ansatz; Ein Bereichsleiter für beide Abteilungen mit 6 unterstellten Projektleitern wäre ausreichend.

Erstaunt ist sie, dass FDP und SVP auf die stadträtliche Linie einschwenken. Im Gegensatz zu anderen steht sie auch nach Abschluss des Wahlkampfes noch immer zur ihrer Meinung und macht beliebt, die Anträge abzulehnen.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

II Erfolgte Abklärungen

Bei der bisherigen Arbeitsplanung war vorgesehen, 30 Stellenprozente für die Energieoptimierung einzusetzen. Ist dies nach wie vor so vorgesehen, obwohl dies in der Vorlage keine explizite Erwähnung findet?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Es ist weiterhin vorgesehen, diese Stellenprozente für die Energieoptimierungen auf betrieblicher Ebene nach ENERGO einzusetzen.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgt die Abstimmung über die Änderungsanträge der FGPK:

1. *Für den Bereich Hochbau und Liegenschaften sei eine bis Ende 2016 befristete zusätzliche Projektleiterstelle (100 %) zu schaffen.*

Der Antrag der FGPK wird mit 21:12 Stimmen angenommen.

2. *Für die durch die Schaffung der befristeten Projektleiterstelle entstehenden Personalkosten sei zu Lasten der Erfolgsrechnung 2014 ein Nachtragskredit von CHF 80'000.- (Kto. 4.0224.310.00 / 4.0224.305.xx) zu bewilligen.*

Dem FGPK-Antrag wird mit 25:7 Stimmen zugestimmt.

3. *Die in den Jahren 2015 und 2016 durch diese befristete Projektleiterstelle entstehenden Personalkosten seien in die jeweiligen Budgets einzustellen.*

Der Antrag der FGPK wird mit 24:9 Stimmen angenommen.

4. *Sofern die Projektleiterstelle weitergeführt und allenfalls in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden soll, so hat der Stadtrat dem Einwohnerrat spätestens auf die Behandlung des Budgets 2017 Bericht und Antrag zu unterbreiten.*

Dem FGPK-Antrag wird mit 25:4 Stimmen zugestimmt.

Nachdem allen FGPK-Anträgen zugestimmt wurde, kommen die stadträtlichen Eventualanträge nicht mehr zur Abstimmung.

Sitzungspause

Art. 13**Parlamentarische Vorstösse****GK 9****Motion von Dominik Gresch (glp/DYM) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2013 betr. Incentivierung in der Sozialhilfe: Weniger Fallzahlen dank mehr Eigenverantwortung (Begründung und Beantwortung)****Marco Arni**, Fraktionschef DYM

Die Idee der Motion ist es, im Bereich der Sozialhilfe positive Anreize zu setzen; dies sowohl für Bezüger wie auch für die Stadt, welche die Leistungen ausrichtet. Die angehenden Sozialhilfebezüger/-innen leisten einen mehrwöchigen, sinnvollen Arbeitseinsatz als Gegenleistung für die zu beziehenden Sozialhilfegelder. Damit soll keine abschreckende Wirkung erzielt werden. Wer Anspruch hat, bekommt nach wie vor materielle Unterstützung und muss nicht mit negativen Konsequenzen rechnen, wenn aus gesundheitlichen oder anderen Gründen ein Einsatz nicht möglich ist. Zurzeit kann nicht beurteilt werden, wie viele Personen eine solche Tätigkeit ausüben können oder welche finanziellen Folgen für die Stadt entstehen. Gemäss Stadtrat kommen aber 20 bis 30 % der Neuangemeldeten in Frage. Zudem sollen die bereits bestehenden Angebote, wie Chance Z!, miteinbezogen werden.

Die Erstunterzeichnenden sind mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, damit der Umsetzungsspielraum erhöht werden kann. Hingegen ist man nicht mit der gleichzeitigen Abschreibung des Vorstosses einverstanden. Eine Abschreibung rechtfertigt sich frühestens in ein paar Jahren, wenn die bestehenden Möglichkeiten vom zuständigen Ressort überprüft und ergänzt wurden.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Es wird zuerst über die Frage der Überweisung als Postulat und dann separat über die Frage der Abschreibung abgestimmt.

Der Vorstoss sei als Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Der Überweisung als Postulat wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt.

Der Vorstoss sei aufgrund des Berichts als erledigt abzuschreiben.

Die gleichzeitige Abschreibung des Postulats wird mit 32:0 Stimmen abgelehnt.

GK 11**Postulat von Jan Bachmann (FDP) vom 24. Juni 2013 betr. Heitern – ein Schandfleck oder ein Naherholungsgebiet? (Begründung und Beantwortung als Interpellation)****Jan Bachmann**, FDP

Der Ablauf sowie die Beantwortung sind nicht zufriedenstellend. Die Problematik auf dem Heitern wurde nicht erkannt. In der Beantwortung ist der Ist-Zustand beschrieben, es wurden keine Lösungen aufgezeigt und den Fragen wurde teilweise ausgewichen oder die Antworten sind verwässert. Die Dauer von einem knappen ¾ Jahr für die Beantwortung ist eindeutig zu lange. Er wird daher sein Augenmerk weiterhin auf den Heitern und die Reaktionen aus der Bevölkerung richten. Gleichzeitig

hält er aber auch fest, dass die Leistungen von Repol, Heitere-Box und Werkhof erkannt und geschätzt werden. Jan Bachmann hofft, dass die Probleme vom Stadtrat doch noch erkannt werden und er dannzumal kein zu grosses Lehrgeld bezahlen muss.

GK 12**Interpellation der FDP-Fraktion vom 27. August 2013 betr. Wie weiter mit der Personalpolitik in Zofingen (Begründung und Beantwortung)**

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Im Auftrag von André Kirchhofer, welcher krankheitshalber abwesend ist, teilt der Sprecher mit, dass man zwar mit der Antwort zufrieden ist, diese aber viel zu spät erfolgte.

GK 13**Motion der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013 betr. Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats (Begründung und Beantwortung)**

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Die Motion kam nicht aus heiterem Himmel, sondern entstand daraus, dass seit Jahren die Protokolle mit ziemlicher Verspätung zugestellt wurden. Bereits sind erste Konsequenzen spürbar, alle Protokolle sind erstellt und die Vorlagen sind auf der Homepage der Stadt zu finden. Zudem ist anhand des Januar-Protokolls die zukünftige Protokoll-Erstellung ersichtlich. Daher kann man sich mit der Überweisung als Postulat einverstanden erklären.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Nachdem keine Wortmeldung mehr erfolgt, wird über den stadträtlichen Antrag abgestimmt:

Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Der Überweisung als Postulat wird mit 27:7 Stimmen zugestimmt.

GK 14**Postulat der SP-Fraktion vom 16. September 2013 betr. attraktive Ortspläne: Visitenkarte einer Gemeinde (Begründung und Beantwortung)**

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Das Postulat wurde eingereicht, weil die einheimische Bevölkerung häufig um Wegerklärungen zu verschiedenen Örtlichkeiten gebeten wird. Wie mit Befriedigung festgestellt werden kann, hat sich der Stadtrat bereits selber mit dieser Problematik befasst. Nachdem klar feststeht, dass die Umsetzung nicht von heute auf morgen möglich ist und man sich zuerst klar werden muss, in welcher Art und Weise die Ausschilderung umgesetzt werden soll, scheint eine Entgegennahme des Postulats sinnvoll.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Es folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Das Postulat wird bei 15:15 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten überwiesen.

GK 15

Motion der FDP-Fraktion vom 21. Oktober 2013 betr. Bereichsleitung Alter & Gesundheit (Begründung und Beantwortung)

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Mit dieser Motion wurde beabsichtigt, die Missstände im Organigramm der Bereichsleitung Alter zu korrigieren. Der Stadtrat hat diese Anliegen aufgenommen. Daher ist man einverstanden, dass die Motion als Postulat überwiesen wird.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Nachdem keine Wortmeldung mehr erfolgt, wird über den stadträtlichen Antrag abgestimmt:

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, die Motion als Postulat zu überweisen.

Der Überweisung als Postulat wird mit 22:10 Stimmen zugestimmt.

Art. 14

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

An der Bäregasse entwickelt sich die Fussgängerzone in Richtung Durchgangsstrasse, da diese zu jeder Tageszeit in allen Richtungen befahren wird. Beispielsweise wird diese in verbotener Fahrtrichtung befahren. Weiter ist festzustellen, dass Fahrzeuge während der Restaurantöffnungszeiten stundenlang mit laufendem Warnblinker und geöffnetem Kofferraum vor dem Eingang abgestellt sind. Wo und wann erfolgen Kontrollen?

Christiane Guyer, Stadträtin

Das Thema „Kontrollen in der Altstadt“ ist eine wiederkehrende Thematik. Die Aufgabe der Repol ist, Kontrollen in einem gesunden Mass durchzuführen. Momentan werden täglich Kontrollen durchgeführt. Tagsüber erfolgen diese durch die Securitas, abends und nachts durch die Repol. Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass alleine durch Kontrollen keine nachhaltige Verbesserung erreicht werden kann, vielmehr gilt es, das Verkehrsregime und allenfalls die Anzahl der Zufahrten in die Altstadt grundsätzlich zu überdenken. Dies ist eines der Legislaturziele dieser Amtsperiode.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

In Zofingen wurden diverse Strassenbauprojekte bewilligt, die gemäss den damaligen Einwohneratsvorlagen Ende 2012 hätten fertig gestellt sein müssen. Für einen grossen Teil der Verzögerungen kann die zuständige Projektleitung nicht verantwortlich gemacht werden. Für den heutigen Zustand trifft dies jedoch nicht zu. So hätte der Kreisel Oberer Stadteingang bis spätestens zum Baubeginn der SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse K233 abgeschlossen sein müssen. Der Kreisel ist nach wie vor im Bau, obwohl der Bahnübergang inzwischen geschlossen ist. Wer koordiniert diese Bauarbeiten? Offenbar liegt die Federführung nicht bei der Stadt Zofingen. Man fühlt sich „verarscht“ und fragt sich, ob die Bemühungen des Stadtrates und der Verwaltung von Seiten Einwohnerrat in irgendeiner Form unterstützt werden können.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Grundsätzlich findet die Bautätigkeit von Frühling bis Herbst statt. Im Winter werden relativ selten Strassenbauprojekte ausgeführt. Leider sind Konzentrationen unumgänglich. Der nun eingetretene Umfang war aber selbstverständlich nicht gewünscht. Beim Kanton wurde verlangt, dass dies nicht so stattfinden soll. Aufgrund von Verzögerungen und teilweise langandauernden Verfahren ist nun doch alles gleichzeitig baureif. Die Koordination von Seiten des Kantons ist alles andere als optimal, sowohl was die Bauausführungen als auch die Kommunikation betrifft. Das schliesst auch die fehlerhaften Unterlagen und Pläne mit ein.

Im Vorfeld wurde mehrmals und vor längerer Zeit bereits moniert, dass der Kreisel Oberer Stadteingang fertig sein müsse, bevor mit der Unterführung Strengelbacherstrasse begonnen werden könne. Der Kanton gab diverse Erklärungen zur Verzögerung ab, es wurde argumentiert, dass wegen der Temperaturen nicht betoniert werden könne. Wie sich aufgrund von Nachforschungen herausgestellt hat, wurde die einzig verfügbare Equipe auf einer Nationalstrassenbaustelle eingesetzt. Zudem wurde ausgeführt, an den Verzögerungen sei die Stadt Zofingen schuld, da eine andere Verkehrsführung verlangt worden sei.

Benno Riss, SP/JUSO, sp

Er organisiert das Bordun- und Folkfestival und bewirbt diesen Anlass unter anderem auch mittels Banderolen. Letztes Jahr wurde er von der Repol aufgefordert, diese wieder zu entfernen, da ein Aushang mehr als 2 Wochen vor der Veranstaltung verboten sei. Nach Studium der Vorschriften stellt er fest, dass in Zofingen an nicht erlaubten Orten Plakate und Banderolen aufgehängt werden. Als klarer Sieger geht die Werbung für die Oldies Night hervor. Wer kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften und in welcher Form erfolgen die Kontrollen?

Christiane Guyer, Stadträtin

Im Polizeireglement ist festgehalten, dass eine Bewilligung eingeholt werden muss, wenn man auf öffentlichem Grund Plakate aufhängen will. Die Repol handelt sehr gewissenhaft und behandelt alle gleich. Korrekt ist, dass 2 Wochen vor der Veranstaltung die Plakatierung erfolgen darf und nach der Veranstaltung ist diese wieder zu entfernen. Auf der Homepage der Repol können die detaillierten Weisungen eingesehen werden.

Jan Bachmann, FDP

Der Bahnübergang Strengelbacherstrasse wurde heute Vormittag für immer gesperrt. Die Zufahrt von Luzern in Richtung Bahnhof ist gut signalisiert. Es wäre jedoch ideal, wenn die Zufahrt bis zur Batimo AG auf der Strengelbacherstrasse erlaubt wäre. Weder kann man diese Firma erreichen

noch ist eine direkte Zufahrt zum Augenarzt, den dort ansässigen Architekten oder zur LB Treuhand AG möglich. Wäre eine etwas kundenfreundlichere Verkehrsführung möglich?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Leider ist die Zufahrt zur Strengelbacherstrasse und zum Forstacker direkt von der Luzernerstrasse her momentan nicht möglich. In der nächsten Bauphase – sobald der Kreisel offen ist – wird die Zufahrt in die Strengelbacherstrasse über das Bettlerbrünli jederzeit ungehindert gewährleistet sein.

Michael Müller, SVP

Er hat bereits eine konkrete Frage zur kommenden Budgetdebatte. In den vergangenen Jahren hat man sich bezüglich Festsetzung der Löhne immer am Kanton orientiert. Nachdem letztes Jahr eine Nullrunde stattgefunden hat, interessiert ihn, ob auch für dieses Jahr das gleiche Vorgehen geplant ist.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Bei Lohnerhöhungen wird nicht ausschliesslich auf den Kanton abgestellt. Vergleiche werden auch mit den Nachbargemeinden, den Zentrumsgemeinden sowie mit den Nachbarkantonen angestellt. Zusätzlich besteht eine Aufzeichnung der Lohnentwicklung über mehrere Jahre, welche zeigt, dass bei diesem Vorgehen nur kleinere Korrekturen sowohl nach oben als auch nach unten notwendig sind. Mit den Personalvertretungen wurde vereinbart, dass bei hoher Teuerung nicht der volle Ausgleich erfolgt, im Gegenzug wird eine negative Teuerungsentwicklung ebenfalls abgefedert. Dieses Vorgehen hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Sascha Antenen, SP/JUSO, juso

Es geht um die bereits im Internet ausgeschriebenen Eigentumswohnungen an der Bärengasse 19. Bei diesem Objekt handelt es sich um einen furchtbaren Klotz, welcher gebaut werden soll. Kann sich die Altstadtkommission zu diesem Bauprojekt noch äussern?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Das Bauvorhaben an der Bärengasse 19 – dem früheren Velo-Roth – wurde bereits mehrfach in der Stadtbildkommission beurteilt. Es ist aktuell auf dem Stand, dass eine öffentliche Auflage möglich ist. Das Verfahren ist jedoch noch immer hängig und das Gesuch wird nochmals in der Stadtbildkommission bearbeitet. Die Schlussbeurteilung wird durch den Stadtrat erfolgen. Nähere Auskünfte können bei hängigen Verfahren nicht erteilt werden.

Sandra Olar, SP/JUSO, sp

Das an sich ruhige Riedtal hat ein grosses Lärmproblem wegen des Schiessbetriebs auf dem Heitern. Es herrscht nicht nur am Samstag Schiessbetrieb, sondern auch am Sonntagmorgen wird schon zeitig wieder damit begonnen. Ist es korrekt, dass der Stadtrat den Schiessplan bewilligen muss? Gibt es dieses Jahr wieder Sonderbewilligungen wie z.B. letztes Jahr? Können die Schiesszeiten publiziert werden? Was unternimmt der Stadtrat zukünftig in Sachen Lärmschutz im Zusammenhang mit dem Schiessbetrieb?

Christiane Guyer, Stadträtin

Das Thema Lärm wird auch in Zukunft für Beschäftigung sorgen, er ist nicht so recht greifbar. Zwar ist eine Messbarkeit in Dezibel möglich, trotzdem gibt es sehr unterschiedliche Wahrnehmungen. Gemeinsam mit den Schützenvereinen werden Verhandlungen über die Schiesszeiten geführt. Der Schiessplan für 2014 wurde kürzlich vom Stadtrat genehmigt. Dieses Jahr wird es an 2 Sonntagen Schiessbetrieb geben. Das ist jedoch nicht auf eine Änderung der Praxis zurückzuführen. Grundsätzlich wird an Sonntagen keine Schiessbewilligung erteilt, ausser es handelt sich um einen speziellen Anlass. Richtig ist, dass letztes Jahr vermehrt an Sonntagen geschossen wurde, weil das Luzerner Kantonal-Schützenfest stattfand. Es ist vorgesehen, den Schiessplan auf der Homepage zu veröffentlichen, damit dieser jederzeit verfügbar ist und eingesehen werden kann.

Liliane Hofer, SP/JUSO, sp

Am 17. März 2014 fand die Informationsveranstaltung betr. Unterführung Strengelbacherstrasse statt. Es wäre vorteilhaft, wenn für solche Veranstaltungen ein anderer Abend als derjenige der Fraktionssitzungen gewählt werden könnte.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Es entsprach absolut nicht dem Wunsch der Stadt, dass die Infoveranstaltung am letzten Montag stattfand. Der Termin wurde vom Kanton viel zu kurzfristig angesetzt. Man hatte gewünscht, dass die Bevölkerung mehrere Wochen vor den Sperrungen informiert wird, wo die Durchfahrt möglich ist, wie der Schulweg gesichert wird und wo sich der Langsamverkehr zu bewegen hat. Es wird deshalb beim Kanton insistiert, damit zukünftig die Informationen innert kürzester Frist und rechtzeitig an die zuständigen Personen und an die Bevölkerung gelangen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Er äussert noch einige ergänzende Gedanken betr. der „Verkehrsgeschichten“. Die Situation ist für den Stadtrat völlig unbefriedigend. Die ganze Verantwortung dem Kanton zuzuschieben, wäre jedoch nicht ganz fair. Bei einem Bauvorhaben sind grundsätzlich 3 Anforderungen zu erfüllen. Es sollte möglichst schnell gehen, die Behinderungen sollten möglichst klein sein und die Baute sollte möglichst kostengünstig erstellt werden. Manchmal verschieben sich diese Gewichtungen innerhalb der Bauprojekte. Eine zügige Ausführung ist zudem nicht immer möglich, da die Bürger das Recht haben, Einwendungen anzubringen.

Aktuell stehen sehr viele Projekte an, was teilweise auf die Defizite der letzten 30 Jahre zurückzuführen ist. Deshalb ist darauf zu achten, der zukünftigen Generation nicht die gleichen Rückstände zu hinterlassen, welche dann auch wieder in diesem Umfang aufgeholt werden müssen.

Bezüglich Kommunikation Strengelbacherstrasse ergänzt er, dass hier der Lead ganz klar beim Kanton liegt. Seit Januar hat man immer wieder Druck gemacht um die Kommunikationskonzepte zu erhalten. Er hat selber mehrfach beim Generalsekretär des BVU nachgehakt, leider wurden diverse Versprechungen nicht eingehalten.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Er weist auf die nächste Sitzung vom 23. Juni 2014 hin, wünscht allen frohe Ostern und schliesst die Sitzung um 20.33 Uhr.



Für getreues Protokoll:

Elmar Bertschinger
Ratspräsident

Arthur Senn
Protokollführer